

und Kreisorganisationen die Partei in der Wahlvorbereitung immer handlungsfähig bleiben sollte. Der Parteivorstand wäre auf der Basis der Mandate der Delegierten in der Lage, wenn notwendig, in kurzer Frist einen kleinen Parteitag oder einen Wahlparteitag einzuberufen. Wenn es gelingt, ordentlich zu wählen, ist es gut, aber wir müssen handlungsfähig sein, auch wenn das nicht gelingt. *(Beifall)*

Sechstens: Auf die künftige Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik in unserem Lande sind nahezu 900 Anträge gerichtet. Wenn auch die Kompetenz für Entscheidungen auf diesem Gebiet eindeutig beim Ministerrat liegt, hat unsere Partei doch ein ausgeprägtes Interesse an der Lösung dieser Fragen, hängt doch davon Entscheidendes für das Wohl und Wehe der Menschen in unserem Land ab, und dafür wird sich unsere Partei auch in Zukunft mit aller Entschiedenheit einsetzen. Was die uns vorliegenden Anträge eint, bei aller Unterschiedlichkeit der Ideen und Ausgangspunkte, hohe Produktivität und soziale Sicherheit dürfen einander nicht ausschließen. Das gehört zu den unverzichtbaren Werten des Sozialismus. Unsere Partei spricht sich dafür aus, daß die Regierung Grundsätze zur Verwirklichung der Lohnpolitik für die nächsten Jahre erarbeitet, die auch Vorschläge für den Abbau ungerechtfertigter Unterschiede in der Lohnbesteuerung im Rahmen der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten beinhalten.

Eine Reihe von Anträgen, die wir dem Ministerrat gaben bzw. noch geben werden, betreffen die Stabilisierung unserer Wirtschaft, die Schaffung neuer Strukturen und Proportionen mit dem Ziel, daß die Betriebe als Warenproduzenten bei voller Eigenverantwortung auf dem Markt wirksam auftreten können.

Des weiteren beziehen sich Anträge darauf, unbedingt für die Demokratie im Betrieb die Wahrnehmung der Rechte der Gewerkschaften, die Wahl und Arbeit von Betriebsräten zu sichern.

Von den Delegierten aus dem Bezirk Neubrandenburg lag der Antragskommission ein von Praktikern und Wissenschaftlern erarbeitetes Positionspapier zu Fragen der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft vor. Da dieser Antrag kurz-, mittel- und langfristig zu lösende Aufgaben, zum Teil von strategischer Bedeutung enthält, schlagen wir vor, ihn der Programmkommission und der Regierung zu übergeben. Die Genossen vertreten die Auffassung – hier muß ich aber hinzufügen, ihr Antrag, der geschrieben wurde, bevor Gregor Gysi sein eben gehaltenes Referat vortrug –, daß in sämtlichen Dokumenten bis dahin, Dokumenten, die unserem Parteitag vorlagen, der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft eine zu geringe Bedeutung beigemessen wurde – und für die vorigen Papiere ist das ein gerechtes Urteil.

Es wurde der Antrag unterbreitet zur Durchführung einer Wirtschaftskonferenz unserer Partei, spätestens zwei Wochen vor dem ordentlichen Parteitag. Die Genossen sind der Meinung, daß für den Wahlkampf ein fundiertes Wirtschaftsprogramm unserer Partei vorliegen sollte. Wir schlagen vor, die unterbreiteten Arbeitsschritte in die Kompetenz der Kommission für Wirtschaft und Soziales des Parteivorstandes zu geben mit der Auflage, diesen Antrag gründlich zu prüfen. Das von den Leipziger Genossen angekündigte Diskussionspapier zur Wirt-